

# Ein Hoch auf die Wissenschaft!

**Der missglückte Witz von Salzburgs Landeschef Wilfried Haslauer bringt die heimische Forschung noch mehr dazu, Kante zu zeigen**

KOMMENTAR:  
CHRISTOPH HOFINGER



Christoph Hofinger leitet zusammen mit Günther Ogris das SORA-Institut in Wien

Es gibt in unserem Land verdammt viel hochklassige Arbeit zur Corona-Pandemie. Neben der virologischen Expertise sind es die Prognosen von Wissenschaftlern wie Niki Popper oder Peter Klimek, ohne die wir im Blindflug durch Corona-Turbulenzen navigieren hätten müssen. Das Austrian Corona Panel der Uni Wien zeichnet von Beginn der Pandemie an ein Bild der Stimmungslage in der Bevölkerung. Der pensionierte Statistikprofessor Erich Neuwirth pflegt pro bono eine blühende Evidenz-Oase in der österreichischen Corona-Datenwüste. Meine Kollegin, die Sozialpsychologin Martina Zandonella, hat für die Stadt Wien wiederholt die psychischen Folgen der Pandemie erforscht.

Diese und viele andere mehr (die Liste würde eine Seite im *Falter* füllen) sind nicht nur exzellente Forscherinnen und Forscher, sie leben auch ein zeitgemäßes Verständnis von Wissenschaft: nicht im Elfenbeinturm zu verharren, sondern politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit verständlich zu vermitteln und mit Handlungsempfehlungen zu versehen.

Wie der Mikrobiologe Michael Wagner von der Universität Wien, der zusammen mit Forschern des Vienna BioCenters zuerst den Gurgel-PCR-Test mitentwickelt und dann so lange auf die Politik eingewirkt hat, bis diese dann einsah, dass das regelmäßige Gurgeln unter anderem so was wie einen Normalbetrieb an Schulen ermöglicht. Wie der Gesundheitsökonom Thomas Cypionka vom Institut für Höhere Studien (IHS), der als Co-Autor eines Artikels in der renommierten Fachzeitschrift *Lancet*

einen europäischen Aktionsplan vorgelegt hat. Wie die Virologen Andreas Bergthaler, Florian Krammer und Dorothee von Laer in ihrem aktuellen „Unabhängigen Statement der Wissenschaft“, das der Politik klar sagt, was jetzt zu tun ist.

Was wir auch erleben, ist ein neues Klima der Kollegialität und Zusammenarbeit über verschiedene Disziplinen im Dienst der Sache – so zum Beispiel als SORA zusammen mit dem Complexity Science Hub Vienna und der Meduni Wien die erste Covid-19-Prävalenzstudie durchgeführt und dann den Ball an die Statistik Austria weitergegeben hat.

Alle eint das Ziel, den politisch Verantwortlichen solide Evidenz für bessere Entscheidungen zu liefern.



**Scheuen die politischen Entscheidungsträger die Evidenz der Wissenschaft wie der Teufel das Weihwasser?**


So soll Wissenschaft, und wir können auf sie gerade in Österreich stolz sein.

Aber scheuen die politischen Entscheidungsträger die Evidenz der Wissenschaft wie der Teufel das Weihwasser? So pauschal gesagt, wäre das falsch. Woran unsere Politik aber leidet, ist ein Designfehler des menschlichen Gehirns: Nur in der Gegenwart können alle verlässlich eins und eins zusammenzählen. Wenn aber jemand vorhergesagt bekommt, dass in absehbarer Zeit hier das eine und dort das andere auftreten wird und dass diese beiden Entwicklungen zusammenwirken werden, sind erstaunlich wenige in der Lage, die erwarteten zukünftigen Ereignisse zu addieren. Das wäre aber gerade die Kernaufgabe vorausschauender Politik. Die Folge dieser Zukunftsblindheit erleben wir gerade mit voller Wucht in der Klimakrise. Die Wissenschaft sagt seit mehr als vier Jahrzehnten,

was deren Ursache ist, mit welchen apokalyptischen Folgen wir kämpfen werden, und was – noch – dagegen getan werden kann. Bei vielen Klimawissenschaftlerinnen und Klimawissenschaftlern hat der Frust über dieses Zaudern der Politik bereits zu einem Umdenken geführt. Sie vertrauen nicht mehr darauf, dass ihre Fachartikel und Konferenzvorträge das Ruder herumreißen. Sie gehen gemeinsam mit den Jugendlichen an Fridays for Future auf die Straße, und sie mobilisieren auf Instagram und auf Youtube.

Der an sich besonnene Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer hat sich nach seinem missglückten Virologen-Sager (Haslauer's O-Ton analysiert Isolde Charim auf Seite 9) gewundert, warum dieser selbst die gelassensten Forscher aufregt. Doch das ist kein Wunder: Diejenigen, die seit fast zwei Jahren der Politik sagen, wie Leiden und Tod zu verhindern wären, müssen sich nun anhören, dass die Menschen an der Umsetzung ihrer Vorschläge sterben würden. Eine Schmähung, die sich im Nachhinein nicht mehr als Schmähe kleinreden lässt.

Doch der Ärger über diese Chuzpe hat auch etwas Gutes: Heimische Forscherinnen und Forscher verstehen immer mehr, dass sie es der Politik – bei allen Inseln der Besonnenheit wie dem evidenzbasiert durch die Pandemie navigierten Wien – nicht allein überlassen können, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Also muss die Wissenschaft gleich selbst zwei prognostizierte Einser zu einem Zweier zusammenzählen. Und wenn die Politik vor dem Ergebnis die Augen verschließt oder sich nicht traut, der Bevölkerung zu sagen, was das jetzt bedeutet, direkt in die Öffentlichkeit gehen.

Die Schmähung aus Salzburg wird der heimischen Forschungscommunity noch mehr Energie geben, klare Kante in der Öffentlichkeit zu zeigen. Und so vielleicht dabei mithelfen, Leben zu retten, die die Auswüchse des Föderalismus und des Irrglaubens, man könne mit einem Virus so verhandeln wie mit einem politischen Akteur, sonst noch kosten würden. 

Ausland Die Welt-Kolumne

## Der Konflikt mit Belarus: Was Europa jetzt tun kann

RAIMUND LÖW



Raimund Löw kommentiert an dieser Stelle das Weltgeschehen

Wer einen syrischen, irakischen oder jemenitischen Pass hat, darf nicht mehr nach Belarus fliegen. Das ist das Resultat eines Blitzeinsatzes der EU-Diplomatie im Nahen Osten. Druck auf Airlines soll verhindern, dass immer mehr Flüchtlinge zur polnischen EU-Außengrenze drängen. Zur Flüchtlingskrise zwischen Belarus und Polen selbst sind aus ganz Europa Solidaritätserklärungen mit Warschau zu hören. Den Behörden in Minsk wirft die EU vor,

die Krise bewusst herbeigeführt zu haben. Zusätzliche Sanktionen gegen hohe Funktionäre stehen bevor. Aber für die in den Wäldern der belarussisch-polnischen Grenzregion kampierenden Menschen fühlt sich Europa nicht zuständig.

In Deutschland stellt sich der sächsische CDU-Ministerpräsident Kretschmer gegen die Aufnahme der feststeckenden Migranten. Die Bilder notleidender Menschen an der Grenze muss die Gesellschaft aushalten, sagt der Christdemokrat wörtlich. Man dürfe Polen nicht in den Rücken fallen. Einst hat Ex-Kanzler Kurz ähnlich Stimmung gemacht. Glücklicherweise klingen Vertreterinnen der zukünftigen Regierungskoalition anders. SPD-Bundestagspräsidentin Bärbel Bas verlangt Soforthilfe für die Gestrandeten. Grünen-Chefin Annalena Baerbock appelliert an Warschau, Hilfsorganisationen zuzulassen. In Österreich schweigen Regie-

rung und Opposition. Aus der Verantwortung für das Schicksal der Menschen, die zwischen die Fronten geraten sind, kann sich kein EU-Land absentieren.

Polnische Soldaten und Polizisten treiben Migranten vom Stacheldraht zurück. Mateusz Morawiecki, Regierungschef der rechtsextremistischen Partei für Recht und Gerechtigkeit, behauptet, dass die Sicherheit der EU gefährdet sei. An der Grenze zu Belarus ginge es nicht um eine Flüchtlingskrise, sondern um hybride Kriegsführung.

In Wirklichkeit fallen Geopolitik und Flüchtlingselend zusammen. Ohne die Verzweiflung in den Lagern der Kriegsgebiete hätte das Regime in Minsk keine Möglichkeit, die EU durch eine neue Fluchtroute unter Druck zu setzen. Lukaschenko glaubt, eine Lockerung der Sanktionen erzwingen zu können, ohne einen einzigen politischen Gefangenen zu befreien.